

26. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 23. Jänner 1952

382/J

Anfrage

der Abg. S c h a r f und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend die willkürliche und verfassungswidrige Einschränkung der Pressefreiheit.

-.-.-.-

In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, in denen die an die Weisungen des Bundesministers für Justiz gebundenen Staatsanwälte Beschlagnahmen und Strafverfahren gegen Pressorganen einleiten, um auf diese Weise die öffentliche Kritik an der volksfeindlichen Politik der Regierungskoalition zu unterbinden.

Mit besonderer Hartnäckigkeit richten sich diese Verfolgungen gegen die Veröffentlichungen der Sozialistischen Arbeiter-Partei (Linkssozialisten), deren eingehende und wahrheitsgetreue Berichterstattung über die wahre Stimmung in den Reihen der Sozialistischen Partei, der der Bundesminister für Justiz angehört, unterdrückt werden soll.

Innerhalb weniger Wochen wurde eine Broschüre mit dem Bericht über den Verlauf des Ersten Parteitages der SAP, der "Neue Vorwärts" vom 16. Dezember 1951 und schliesslich der "Neue Vorwärts" vom 20. Jänner 1952 beschlagnahmt und im letzteren Fall die Strafuntersuchung nach dem berührten Körkorporagraphen 65 des Strafgesetzes eingeleitet.

Mit Recht hat die Exekutive der SAP gegen diese willkürliche und antidemokratische Praxis der Verfolgung der fortschrittlichen Presse Stellung genommen. In der von ihr gefassten Entschließung heisst es:

"Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Partei hält es für notwendig festzustellen, dass sie sich durch keinerlei Polizeischikanen und durch keinen Missbrauch der Justiz davon abhalten lassen wird, die Interessen der Arbeiterklassen zu vertreten. Die willkürliche Verfolgung der aufrchten Arbeiterpresse zeigt, dass der faschistische Umgang Starhembergs in der Koalition der beiden Regierungsparteien weiterwuchert. Die Sozialistische Arbeiter-Partei wird sich durch die Anwendung faschistischer Methoden nicht davon abhalten lassen, nach wie vor in ihrem Organ 'Der neue Vorwärts' die Wahrheit zu sagen und den schärfsten Kampf gegen die volksfeindliche Regierungspolitik zu führen."

27. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Jänner 1952

Die Exekutive der SAP wendet sich neuerlich an die Mitglieder und Vertrauensleute der SPÖ, gemeinsam mit ihren Klassengenossen gegen den reaktionären Kurs der Regierungskoalition Stellung zu nehmen.

Schluss mit den antideutschen Methoden gegen die Arbeiterbewegung!

Keinen Schilling für Starhemberg!

Hinaus mit seinen Freunden aus der Regierung und der Führung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes!"

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Justiz folgende Anfrage:

1. Ist der Bundesminister bereit zu erklären, dass der unter dem Titel "Geheimpackolci stärkt die Faschisten" erschienene Artikel mit dem Wortlaut (folgt der Wortlaut des Artikels) keinen wie immer gearteten strafbaren Tatbestand enthält und dass die Beschlagnahme des "Neuen Vorwärts" vom 20. Jänner d.J. daher willkürlich war?

2. Ist der Bundesminister für Justiz bereit, endlich dafür zu sorgen, dass mit der willkürlichen Verfolgung der fortschrittlichen Presse Schluss gemacht wird?

Präsidenten des Nationalrates

Die Anfrage und der Wortlaut des Artikels liegen in der Kanzlei des
zur Einsicht auf.

For more information about the study, contact Dr. Michael J. Koenig at (314) 747-2146 or via e-mail at koenig@artsci.wustl.edu.